

Eine ganzheitliche „Zeitenwende“ erfordert smarte Nachrichtendienste mit weniger Fesseln

Krieg gegen die Ukraine, Terror gegen Israel und islamistische Terrorpläne in Deutschland, Sabotage von Infrastruktur und hybride Einflussnahme – wir erleben geopolitische Verschiebungen und gleichzeitige Kriege und Krisen. Wir sind mitten in einem Systemkonflikt zwischen regelbasierten Staaten und einer Allianz von Autokratien aus China, Russland, Iran, Nordkorea, auf den Deutschland nicht vorbereitet ist. Wir sind Ziel eines hybriden Krieges, der auch und wesentlich mit nachrichtendienstlichen Mitteln gegen uns geführt wird. Die staatliche Spionage aus China und Russland hat eine neue Dimension erreicht. Autoritäre Regime verwenden viele Ressourcen auf die Manipulation der öffentlichen Meinung. Desinformation ist Wasser auf die Mühlen von Extremisten und Verschwörungsfollower aller Art. Öffentliche Einrichtungen und Unternehmen sind in bisher ungekanntem Maße von kriminellen und staatlich subventionierten Hackern bedroht.

Demokratien auf der Welt sind zunehmend unter Druck. Unserer Ressourcen militärisch, zivil, finanziell und mental sind belastet und endlich. Geschlossenheit, Entschlossenheit und Geschwindigkeit sind notwendig, damit unsere regelbasierte Ordnung im globalen Systemwettbewerb besteht und das Recht, die individuelle Freiheit des Einzelnen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker über das Recht des Stärkeren obsiegt. Nur so hat unsere Gesellschaft, unser Wohlstand, unsere Freiheit Bestand.

Die Bundesregierung schreibt in ihrer Sicherheitsstrategie (NSS) richtig, dass wir Sicherheit integriert begreifen müssen. Daraus folgt allerdings, dass die vom Bundeskanzler postulierte „Zeitenwende“ ebenfalls alle Facetten von Sicherheit umfassen und auch die Nachrichtendienste als Teil der deutschen Sicherheitsarchitektur begreifen muss. Diesen Schluss zieht die Ampel aber bislang nicht. Nachrichtendienste werden eher als notwendiges Übel, gar als Bedrohung für individuelle Freiheitsrechte gesehen, nicht als zentraler Teil einer integrierten Sicherheitspolitik, mit der Deutschland seinem selbsternannten Führungsanspruch als Sicherheitsprovider in Europa gerecht wird. In der Realität sind wir wie sowohl bei militärischer Verteidigung als auch bei den Nachrichtendiensten auf die Unterstützung unserer Partnerdienste angewiesen. Wir nehmen viel und liefern kaum. Dienste in Deutschland werden weiterhin eher als Soft Power begriffen, als Behörde, weniger als Dienst für gesellschaftliche Sicherheit. Eine ganzheitliche Reform in der Sicherheitspolitik erfordert jedoch starke und smarte Nachrichtendienste. Nachrichtendienste müssen sich daher darauf einstellen, künftig wieder mehr und intensiver militärische Aufklärung zu leisten, neue Technologien und Taktiken auch im Cyberraum zu erfassen und zu verstehen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Partnerdiensten ist angesichts des Systemkonflikts nötig. Politisch bedeutet dies, dass Deutschland die Weichen für eine Kooperation stellen muss: Interoperabilität schaffen, Fähigkeitslücken schließen und gesetzliche Regelungen verändern, die entgegenstehen.

Dies erfordert allerdings eine Änderung im Mindset der Bundesregierung, die bislang bei den Nachrichtendiensten nicht deutlich wird. Vielmehr steht das kürzlich beschlossene „Gesetz zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienst-Rechts“ unter dem Eindruck der Koalitionsvereinbarung, eine Überwachungsgesamtrechnung zu erstellen und die Evaluation der Sicherheitsgesetze zuvorderst mit dem Ziel zusätzlicher Fesseln für die Nachrichtendienste vorzunehmen. Der notwendige Datenschutz des Einzelnen darf aber nicht zu weniger Sicherheit für die Gesellschaft führen! Wo die Ampel eine Überwachungsgesamtrechnung fordert, fordern wir eine Bedrohungsgesamtrechnung, um daraus den Fähigkeitsbedarf und gesetzliche Anpassungen für die Dienste abzuleiten. Ansonsten bleibt die Zeitenwende weiterhin eine hohle Phrase und Deutschland isoliert sich weiter. Wir bleiben weiter abhängig von Partnerdiensten, die uns vor Terror und hybrider Einflussnahme warnen und binden Ressourcen unserer Partner anstatt entschlossen Führung zu zeigen. So schwächen wir die regelbasierte Staatengemeinschaft anstatt sie stärker und smarter aufzustellen. Deutsche Nachrichtendienste sollten ein wirksamer Teil von Smart Power sein. Folgende Punkte sollten hierbei bedacht und Teil einer Neuausrichtung sein:

Erstens müssen sich Nachrichtendienste breiteren, vernetzten, hybriden Aufgaben in den Bereichen Cyber, Spionageabwehr und insbesondere internationale Finanzströme stellen. Sie benötigen hierzu neue Analysetools, aber auch die Sensibilisierung der Bevölkerung. Wenn der wichtige Aufklärungsansatz „follow the money“ erfolgreich angewandt werden soll, müssen die Hürden für die Einholung von Bankauskünften gesenkt werden. Für Daten und Informationen, die mittels „Computer Network Exploitation“ gewonnen werden, müssen vergleichbare Regeln für den Datenaustausch und die gemeinsame Datennutzung wie für Daten und Informationen aus „Signal Intelligence“-Maßnahmen gelten. Das gilt sowohl für die Kooperation mit Partnerdiensten anderer Länder als auch für die föderale Zusammenarbeit in den „Gemeinsamen Abwehrzentren“ von Bund und Ländern.

Zweitens muss die Zusammenarbeit zwischen Bund und Länderdiensten intensiviert werden. Der Informationsaustausch in gemeinsamen Zentren muss gestärkt, statt durch eine sachfremde bundeseinheitliche gesetzliche Regelung ausgetrocknet werden. Ebenso muss die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste – gerade in Europa – gestärkt werden. Kurzfristig müssen keine neuen Strukturen geschaffen oder gar deutsche Kontrollregime der EU-Ebene übergestülpt werden. Im Alltag behindern vor allem unterschiedliche Befugnisse eine bedrohungsgerechte Kooperation von Nachrichtendiensten. Dies verhindert die Umsetzung eines funktionierenden europäischen Systems für den Austausch von Erkenntnissen der Nachrichtendienste, das an die „Five Eyes“ anschlussfähig ist. Auf Dauer wird die Zusammenarbeit mit befreundeten Diensten nicht funktionieren, wenn Deutschland nicht lieferfähig ist aufgrund mangelnder rechtlicher Befugnisse. Unser sicherheitspolitischer Anspruch kann nicht sein, Informationen ausländischer Dienste zu nutzen, deren Gewinnung hierzulande rechtlich unzulässig ist.

Drittens müssen unsere knappen Ressourcen strategisch und effektiv eingesetzt werden. Hier wird ein zentraler Technischer Nachrichtendienst anzustreben sein, der übergreifend für alle drei Dienste exklusive Fähigkeiten nutzt und Informationen direkt vernetzt weitergibt. Schon lange ist ein technischer Wettstreit entfacht, in dem die deutschen Nachrichtendienste nicht auf die letzten Plätze gezwungen werden dürfen. Vielmehr muss die Grundlage dafür gelegt werden, in Deutschland eigene Software für nachrichtendienstliche Aufgaben zu erforschen und zu entwickeln. Unsere Nachrichtendienste dürfen nicht von Informationsquellen abgeschnitten werden, die von Nachrichtendiensten anderer demokratischer Länder ganz selbstverständlich genutzt werden. Während der Austausch von Daten und Informationen zur Aufklärung und Gefahrenabwehr immer wichtiger wird, werden die Handlungsmöglichkeiten unserer Sicherheitsbehörden auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung immer weiter eingeschränkt. Die Nutzung und Vernetzung von Informationen durch alle Dienste muss gesetzlich ermöglicht werden. Zu Ressourcen gehört angesichts zahlreicher offener oder unbesetzter Stellen auch Personal, das durch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Wettbewerb mit der Wirtschaft gewonnen werden muss. Ein Missverhältnis von Kontrolle und tatsächlicher Auftragsbearbeitung darf nicht entstehen und muss, wo bereits existent, gelöst werden, ansonsten verschärfen wir den Fachkräftemangel.

Viertes müssen wir die Nachrichtendienste mit auf sie maßgeschneiderten Befugnissen ausstatten – damit sie zur Verbesserung der integrierten Sicherheit unseres Landes beitragen können.

Fünftens muss den Diensten die Möglichkeit gegeben werden, mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in ihrer Arbeit zu zeigen, um zur Entwicklung einer strategischen Kultur im Land beizutragen, beispielsweise durch regelmäßige Veröffentlichung von Lagebildern.

Wenn der Staat sein Sicherheitsversprechen gegenüber den Bürgern einlösen will, brauchen wir nicht nur die bestkontrollierten, sondern die leistungsfähigsten Nachrichtendienste der Welt. Verantwortliche Politik muss von einer „Bedrohungsgesamtrechnung“ ausgehend Aufgaben und Befugnisse der Nachrichtendienste den Realitäten anpassen. Diesem Anspruch wird die Sicherheitspolitik der Ampel bislang nicht gerecht. Es braucht deshalb eine Änderung des Mindsets und das Überarbeiten von überholten Positionen. Auf das Geflecht der Bedrohungen von heute und morgen passen die Rezepte von gestern nicht. Unsere Nachrichtendienste müssen wirksamer Teil von Smart Power sein.